



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

der 9. November ist ein schicksalsträchtiges Datum für uns Deutsche. Er steht nicht nur für die Geburt der ersten deutschen Demokratie vor hundert Jahren, sondern auch für den Fall der Berliner Mauer und damit für das Ende der Zweiteilung unseres Vaterlandes. Und er steht für eine der schwärzesten Stunden der deutschen Geschichte, für die Reichspogromnacht 1938, als zahlreiche jüdische Einrichtungen zerstört und Juden misshandelt und getötet wurden. Der 9. November bietet somit Anlass zur Freude, aber auch zum Nachdenken und zur inneren Einkehr. Beides sollten wir an diesem Tage im Auge behalten.

Nachdem Angela Merkel ihren Verzicht auf eine erneute Kandidatur für den CDU-Vorsitz verkündet hat, gab es Forderungen nach einem Richtungswechsel. Aber wohin? Die Erfolge unserer Politik auf dem Hintergrund weltweit anwachsender Risiken sind nicht zu leugnen. Also genau diese ausgewogene Sachpolitik von Kanzlerin Merkel war uns Deutschen sehr hilfreich, mit deutlicherer Ansage vielleicht, und kein Zulassen unerträglicher sachfremder Querelen wie die von Herrn Seehofer. Diese schaffen Verdruss. Ob der frühere Fraktionschef Friedrich Merz ein guter Nachfolger für den Parteivorsitz wäre, wage ich zu bezweifeln. Jetzt einen „Kai aus der Kiste“, einen so genannten Konservativen ohne zeitnahe Regierungserfahrung

zum Parteivorsitzenden zu wählen, halte ich für ein Risiko. Die Wirtschaft brummt in Deutschland auch ohne Intensivbeziehungen zum Großkapital. Annegret Kramp-Karrenbauer kommt familiär aus der Mitte unserer Gesellschaft. Sie gewann Regierungserfahrung, war erfolgreich und steht gelegentlich im Widerspruch zu Frau Merkel. Weder Egomanie noch überkommene Gesellschaftskonzepte helfen uns wirklich, wenn wir den Herausforderungen der Zukunft begegnen wollen. Dazu brauchen wir Herrn Merz nicht.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr

Ein klares Ja zum UN-Migrationspakt

Ausgerechnet Österreich, Ungarn und andere, die vor Migranten Angst haben, steigen aus dem Migrationspakt der Vereinten Nationen aus. Dabei ist der UN-Migrationspakt doch der Versuch, durch eine Absichtserklärung sozusagen eine Ordnung in die weltweiten Migrationsbewegungen zu brin-

gen. Der Pakt hat das Ziel, durch Verpflichtungen von möglichst vielen Staaten - auch von Herkunftsstaaten - bestimmte Standards zu gewährleisten. In Deutschland sind solche Standards längst gesetzlich verankert. Der Pakt möchte durch die Verbesserung der Bedingungen in anderen Teilen der Welt die Migrationsbewegungen

nach Europa und nach Deutschland reduzieren. Wie kurzsichtig und wie schädlich der nationale Egoismus ist, werden wir dann merken, wenn überhaupt nichts mehr verlässlich ist und wir nicht mehr miteinander über gemeinsame Lösung reden. Darum mein klares Ja zum UN-Migrationspakt.

Rentenpaket

Dem Rentenpaket habe ich in dieser Woche (8.11.2018) mit schweren Sorgen zugestimmt, aber immerhin sind jetzt auch insbesondere die Erwerbsunfähigen bessergestellt. Das war dringend notwendig. Sie werden vom 1. Januar 2019 an so gestellt, als hätten sie bis zur Regelaltersgrenze weitergearbeitet. Damit werden bei der Ren-

tenberechnung noch mehr Versicherungsjahre als bisher zugrunde gelegt, was zu einer spürbaren Steigerung der Bezüge führt.

Die Erhöhung der Altersrenten sehe ich jedoch sehr kritisch. Die Finanzierung ist nicht gesichert, und wir leben auf Kosten der jungen Generation. Wie ich denen jetzt in die Augen sehen

soll, weiß ich auch noch nicht. Die Schwierigkeit ist, dass immer Pakete für die Abstimmung so geschnürt werden, wo man einen Teil des Inhalts für hilfreich und notwendig hält und den anderen aber ablehnt. Das bringt mich in Abstimmungsnot.

Kindergeld wird um monatlich zehn Euro erhöht

Am Donnerstag (8.11.2018) haben wir im Bundestag das Familienentlastungsgesetz verabschiedet. Das bedeutet für Familien, aber auch für alle anderen steuerpflichtigen Bürger eine Entlastung von fast 35 Milliarden Euro bis 2022.

Zu dem Maßnahmenpaket gehört die Anhebung des Kin-

dergeldes um monatlich zehn Euro ab dem 1. Juli 2019. Das monatliche Kindergeld beträgt damit für das erste und zweite Kind zukünftig 204 Euro.

Zusätzlich werden Familien - aber auch alle anderen Steuerpflichtigen - durch die Anhebung des Grundfreibetrages und den Abbau der kalten Progression entlastet.

Wie schon seit 2014 neutrali-

sieren wir die kalte Progression, indem wir den Steuertarif an die Inflationsraten (2019 um 1,84 Prozent und 2020 um weitere 1,95 Prozent) anpassen. Zudem steigt der Grundfreibetrag für alle Steuerpflichtigen von derzeit 9.000 Euro auf 9.408 Euro bis zum Jahr 2020.

Zweitätiger Besuch aus meinem Wahlkreis



Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Menschenrechtsverletzungen gegen Uiguren



Am Mittwoch (7.11.2018) gab es ein parlamentarisches Frühstück zu den furchtbaren Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren im autonomen Staatsgebiet Xinjiang.

Die zunehmende bedingungslose Unterwerfung ethnischer Minderheiten und Ausschaltung aller kritischen Stimmen im

Land durch Umerziehungslager, in denen den Uiguren mit martialischen psychischen und physischen Repressalien ihre nationale Identität und ihre Religion ausgeblendet werden soll (geschätzt 1,5 Mio. uigurische Gefangene), waren Inhalt unserer Gespräche. Kultureller Genozid darf von uns nicht verschwiegen werden. Diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit wie

auch das wachsende globale Machtstreben Pekings, das immer mehr Staaten in seine ökonomische Abhängigkeit bringt, dürfen beim Ausrollen "Roter Teppiche" zum Empfang chinesischer Spitzenpolitiker in Deutschland und in anderen demokratischen Ländern nicht mehr verschwiegen werden – auch nicht aus diplomatischen Gründen.

Demokratieveranstaltung mit Jugendlichen

Überall im Land wird unterdessen immer mehr über Demokratie nachgedacht und diskutiert. So auch vergangenen Montag im Haus der Jugendarbeit in Berlin bei der Veranstaltung "Jugendarbeit trifft Politik". Es waren sehr anregende und konstruktive Gespräche mit Fachleuten der politischen Bildung über die Notwendigkeit und Möglichkeiten mit jungen

Menschen in den Diskurs über ihre Lebenssituation und politische Bildung zu kommen und darüber nachzudenken, was Politik dazu beisteuern kann.

